

## Abstimmungen vom 5. Juni klar

**BERN** sda. Gestern hat der Bundesrat die fünf Vorlagen bekannt gegeben, über die am 5. Juni abgestimmt wird: Über die drei Volksinitiativen «Pro Service public», «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» und «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» sowie über eine Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes und eine Änderung des Asylgesetzes.

### Grundeinkommen ohne Chance

In einer Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut Demoscope zum «bedingungslosen Grundeinkommen» gaben nur 10 Prozent der erwerbstätigen Personen an, dass sie bei einer Annahme der Initiative ganz oder eher aufhören würden zu arbeiten. Eine überwiegende Mehrheit der Schweizer Bevölkerung kann sich nicht vorstellen, dass in den nächsten zehn Jahren ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird.

## NACHRICHTEN

### Mehr Korruption in der Schweiz

**RANKING** sda. Die Schweiz ist korrupter geworden. Jedenfalls sieht es die Organisation Transparency International so. In ihrem Ranking fiel die Schweiz vom 5. Platz im Jahr 2014 auf den 7. Rang zurück. Der Corruption Perceptions Index (CPI) misst weltweit die Wahrnehmung der Korruption im öffentlichen Sektor.

### Ceneri-Eröffnung nicht verzögert

**NEAT** sda. Die Tessiner Gemeinde Camorino und die Alptransit Gotthard AG haben sich in einem Streit um ein Bahntechnikgebäude am Nordportal des Ceneri-Basistunnels einigen können. So konnte verhindert werden, dass das Bahninfrastrukturprojekt des Kantons erst nach 2020 realisiert wird.

# Pfarrer verteidigt Ja-Sager

**SVP-INITIATIVE** Barbarisch, unmenschlich und ungerecht: Hohe Kirchenvertreter bekämpfen die Durchsetzungsinitiative. Jetzt gibt ein evangelischer Pfarrer Gegensteuer.

KARI KÄLIN  
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Dem «Komitee gegen die unmenschliche SVP-Initiative» haben sich nicht nur alt Bundesräte, bekannte Künstler, Richter und Dichter angeschlossen. Auch hohe Kirchenvertreter wie der Basler Bischof Felix Gmür oder Urban Federer, Abt des Klosters Einsiedeln, beteiligen sich am «dringenden Appell», um Geld für eine Plakatkampagne zu sammeln. Die Durchsetzungsinitiative setze die Menschenrechte ausser Kraft und sei «barbarisch», sagt das Komitee. Wer die Schweiz als Teil der zivilisierten Welt begreife, stimme gegen die Durchsetzungsinitiative. Darin verlangt die SVP, dass Ausländer für bestimmte schwere und im Wiederholungsfall auch weniger schwere Delikte die Schweiz automatisch verlassen müssen.

Auch die Schweizer Bischofskonferenz und der Schweizerische Evangelische Kirchenbund stemmen sich gegen die SVP-Idee. «Aus christlicher Sicht sprechen die Prinzipien der Menschenwürde und der Barmherzigkeit gegen die Initiative», schreibt etwa die Expertenkommissionen «Justitia et Pax» und «Migratio» der Bischofskonferenz.

### Kein Grund zur Diffamierung

Sind die Befürworter der SVP-Initiative aus christlicher Sicht amoralische Unmensch? Ausgerechnet ein Kirchenmann nimmt die Ja-Sager nun in Schutz. Es gebe keinen Grund, die SVP-Initiative als unchristlich zu diffamieren, schreibt Peter Ruch, evangelisch-reformierter Pfarrer in Küssnacht am Rigi, in einem Leserbrief in der Zeitung «Bote der Urschweiz». Ruch hatte 2010 bereits die Ausschaffungsinitiative verteidigt. In einem Beitrag für die «Weltwoche» schrieb er, aus biblischer Sicht gebe es gute Gründe für Ausschaffungen: «Wer



Das Schäfchen-Plakat der Durchsetzungsinitiative beim Eingang zum Versammlungssaal in Wil SG, wo am vergangenen Samstag die Delegiertenversammlung der SVP stattgefunden hat.

Keystone/Ennio Leanza

einen Konflikt im Sinn der biblischen Gerechtigkeit lösen will, muss ihn im Interesse der Allgemeinheit so beseiti-



gen, dass Friedensstörer unschädlich gemacht werden und ein Maximum an öffentlichem Einvernehmen und Wohlfahrt möglich wird.»

Für Ruch ist klar: Die wichtigste Position im christlichen Menschenbild ist der Schutz der Schwachen. Die im Trend liegende Sichtweise meine, die Schwachen seien immer die Migranten. «Wo das zutrifft, schützt sie der Standard der Genfer Flüchtlingskonvention», sagt Ruch. In zahlreichen Fällen seien sie

jedoch die Starken und übten Gewalt gegen Schwächere aus. «Dem entgegenzuwirken und die Schwachen zu schützen, ist das Ziel der Durchsetzungsinitiative.» Ruch erwähnt in diesem Zusammenhang die Silversternnacht von Köln, in der Migranten reihenweise Frauen sexuell belästigten. Der Pfarrer argumentiert auch, die Durchsetzungsinitiative dürfe die Atmosphäre für die grosse Mehrheit der Einwanderer verbessern. «Pauschales Misstrauen schwindet, wenn die schlimmsten Delinquenten weg sind», sagt Ruch.

### Misstrauen gegen Fremde

Die Expertenkommissionen der Bischofskonferenz beurteilen die SVP-Initiative ganz anders. Sie schüre Misstrauen gegen Fremde, sei unnötig, respektlos und ungerecht. Für den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund ist sie derweil «unvereinbar mit den

gesellschaftlich etablierten Grundsätzen der Humanität», weil etwa die Folgen für die Angehörigen der auszuweisenden Straftäter nicht berücksichtigt würden.

Peter Ruch kennt diese Einwände. Er habe aber festgestellt, dass das Misstrauen gegenüber Ausländern wegen der hohen Ausländerquote im Strafvollzug gewachsen sei. «Mehr Repression ist unerwünscht, jedoch in angespannten Situationen unvermeidlich», sagt er. Das zeige nun die Entwicklung in fast allen europäischen Ländern. Voraussichtlich werde er der SVP-Initiative zustimmen – ohne aber für diese Position einen öffentlichen Appell zu lancieren.



Stellungnahme: Lesen Sie Peter Ruchs Brief online [www.luzernerzeitung.ch/bonus](http://www.luzernerzeitung.ch/bonus)

# Frankenschock auch bei den Bundesfinanzen

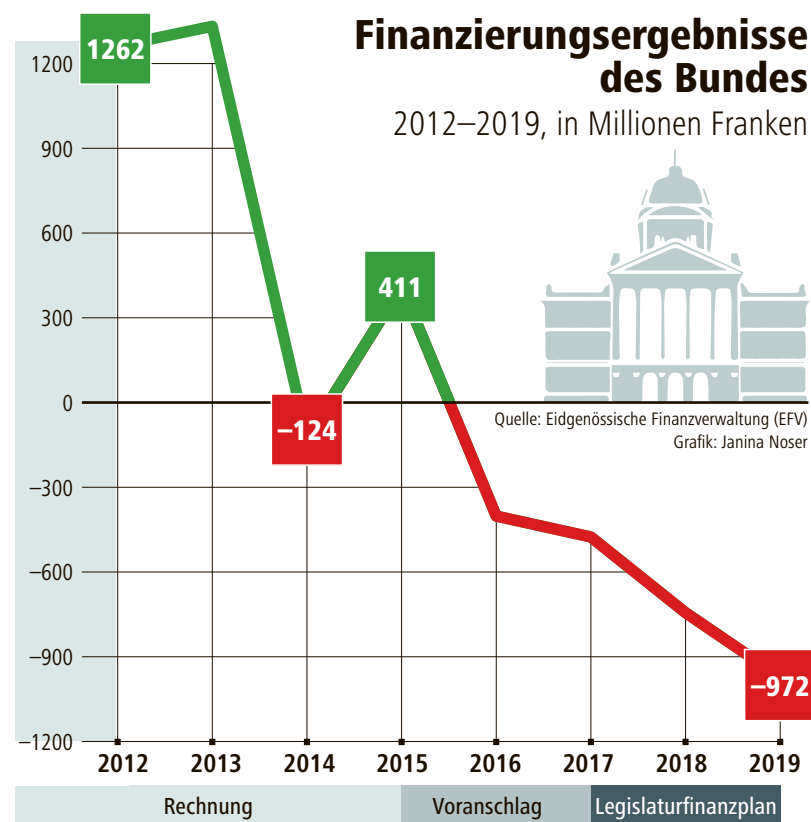
**BUNDESRAT** Die Regierung rechnet für die kommenden Jahre mit happigen Defiziten. Bürgerliche Politiker fordern weitere Sparanstrengungen. Die Linke will dagegen bei den Einnahmen ansetzen.

lkz/sda. Die Lage der Bundesfinanzen bleibt angespannt. Für die kommenden Jahre rechnet der Bundesrat trotz des bereits geschnürten Sparpakets mit Defiziten. Er hat gestern den Legislaturfinanzplan verabschiedet. Bundesrat Ueli Maurer stellte an seiner ersten Medienkonferenz als Finanzminister mögliche weitere Sparprogramme in Aussicht und appellierte ans Parlament: «Wenn das Parlament überbordet, kommt die Quittung postwendend in Form eines Sparprogramms.»

Der Bundesrat hält fest, die Einsparungen im Voranschlag 2016 und das Stabilisierungsprogramm reichten nicht aus, um den Haushalt strukturell ins Gleichgewicht zu bringen. Für das Jahr 2017 rechnet er mit einem Defizit von knapp 500 Millionen Franken. Im letzten Finanzplan war er noch von einem Plus von 1,4 Milliarden Franken ausgegangen. Das für das Jahr 2018 erwartete Ergebnis sackte von plus 2,7 Milliarden auf minus 700 Millionen ab. Und 2019 steigt der Fehlbetrag auf fast 1 Milliarde.

### Keine Überraschung

Die verschlechterten Perspektiven sind eine Folge des geringeren Wirtschaftswachstums nach der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze zum Euro.



Mit der Abschwächung des realen Wirtschaftswachstums und dem Rückgang der Teuerung mussten die Einnahmenschätzungen deutlich nach unten korrigiert werden.

Auch die höhere Zahl von Asylgesuchen schlagen zu Buche. Die Kosten für das Asylwesen betragen im Jahr 2014 1,28 Milliarden Franken. Für das Jahr 2019 rechnet der Bundesrat mit 1,9 Milliarden Franken. Er geht dabei von 30 000 Asylgesuchen im Jahr aus.

Für den abtretenden Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin (CVP), der neu im Ständerat sitzt, kommt die Verschlechterung nicht überraschend. «Die Kantone sind mit ähnlichen Problemen wie der Bund konfrontiert und mussten Sparpakete schnüren.»

Auch der Bund hat vergangenes Jahr ein Paket von Einsparungen aufgelegt, mit dem die Ausgaben in den Jahren 2017 bis 2019 um insgesamt gegen 2 Milliarden Franken reduziert werden sollen. Obwohl

noch das Parlament darüber befinden muss, sind diese Massnahmen im Legislaturfinanzplan berücksichtigt.

### Ausgaben senken...

Aus Sicht von Peter Hegglin muss man angesichts der sich abzeichnenden Defizite aber nochmals über die Bücher und allenfalls weitere Sparmassnahmen ergreifen. Auch das Parlament sei gefordert, sich bei den Ausgaben zurückzuhalten.

Tatsächlich hat das Parlament zuletzt mehrere Entscheide gefällt, die zu höheren Ausgaben führen werden. So beschloss der Ständerat in der Herbstsession, im Rahmen der Reform der Altersvorsorge die AHV-Renten um 70 Franken pro Monat zu erhöhen. Dadurch würden die Kosten um 500 bis 600 Millionen Franken steigen. Der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali ist überzeugt, dass die Grosse Kammer diesem Vorschlag nicht folgen wird. Sparpotenzial sieht er ausserdem beim Bundespersonal. «Wenn der Personalbestand in einem Bereich ausgebaut wird, sollte dies im gleichen Departement wieder kompensiert werden», findet er.

### ... oder Einnahmen aufbessern?

Die Linke möchte lieber bei den Einnahmen ansetzen, um die Finanzen ins Lot zu bringen. «Zur schlechteren Finanzlage haben auch die Einnahmeherausfälle infolge der Unternehmensreform II beigetragen», sagt die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen. «Es ist daher wichtig, diese im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III zu korrigieren.» Sie betont ausserdem, dass der Bundeshaushalt nicht in jedem Jahr einen Überschuss aufweisen muss. «Die Schuldenbremse sieht ausdrücklich vor, dass der Bund Defizite schreiben darf, wenn die Wirtschaft schlecht läuft.»

## Ribar als neue VR-Präsidentin

**SBB** sda. **Monika Ribar** (56, Bild) soll neue Verwaltungsratspräsidentin der SBB werden. Der Bundesrat hat ihre Kandidatur gestern gutgeheissen.



Gewählt werden soll sie an der Generalversammlung vom 15. Juni. Damit würde die amtierende Vizepräsidentin Nachfolgerin von **Ulrich Gygi**. Vorher war sie 23 Jahre lang in verschiedenen Führungsfunktionen beim Logistikunternehmen Panalpina tätig.

### ANZEIGE



Franz Steinegger  
alt Nationalrat FDP  
Uri

«Nur mit dem Bau einer zweiten Röhre stärken wir den nationalen Zusammenhalt. Ich sage Ja zum Gotthard, Ja zur Schweiz.»

gotthard tunnel sicher ja  
gotthard-tunnel-ja.ch  
Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher Ja», 3001 Bern